

1016 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 8. November 1973,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Lohnpfändungsgesetz  
geändert wird

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht  
mit Rücksicht auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhält-  
nisse seit der letzten Festsetzung der dem Pfändungsschutz  
unterliegenden Beträge, die durch das Bundesgesetz vom 3. März  
1971, BGBl.Nr. 111, erfolgt war, eine Neufestsetzung dieser  
Beträge vor.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 19. November  
1973 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem  
Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für  
Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der  
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 8. November  
1973, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Lohnpfändungs-  
gesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 19. November 1973

Dr. G i s e l  
Berichterstatter

Dr. R e i c h l  
Obmannstellvertreter